

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für
Dankungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der
Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer



Weihnacht

Heut ist uns das Heil geboren,
Uns, der kranken Sündenwelt,
Die mit eignem Fluch beladen
Auf zum Gnadenhimmel geilt.

Friede! ruft es durch die Länder!
Löst den hasserfüllten Kampf!
In Gerechtigkeit kniet nieder,
Bringt vereint mir Wehrauchdampf!

Liebe schließt euch aneinander,
Sucht in Nord und Ost und West!
Arm und reich, seid Brüder, Brüder,
Nur in Liebe wirds ein Fest!

Jedem ist das Heil geboren,
Der im Bruderkreise steht!
Keinem kann Erlösung werden,
Der im Kampfschlag draußen steht!

Georg Nowotnick



Weihnachten, das Friedensfest

Wohl an keinem Tage von den vielen, die wir in den Jahren des großen Völkerringens draußen an der Front verbracht haben, im Argonnenwald oder in der Sommerüste, in Polen, in Galizien oder oben an der Nordseeküste im Schianne Flanderns, an keinem von diesen vielen Tagen trat uns das Traurige und Bedrückende der Lage so unmittelbar vor's Bewußtsein, wie jeweils am Abende des 24. Dezember, am heiligen Abend, am Weihnachtstage. War uns sonst auch der Donner der Geschütze, das Heulen der Granaten und das Brausen der Fliegerbomben eine alltägliche Musik geworden, so schien sie uns doch eine schlechte Begleitung zu dem Gesange der Engel: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.“ — Und wenn wir uns damals trösten in der Hoffnung, daß auch diese Prüfung vorüberginge, ja daß gerade durch solche Leiden die Menschheit besseren und glücklicheren Zeiten entgegengeführt würde, nämlich Zeiten, in denen das Wort „Friede den Menschen auf Erden“ seiner Erfüllung um ein gut Stück näher gerückt wäre, so ist die Gegenwart nur allzusehr dazu angetan, diese Hoffnungen und Erwartungen zu enttäuschen.

Fürwahr, schwerer denn je fällt es heute, Weihnachten als das Fest des Friedens zu begehen. Wohin wir blicken, nichts wie Feindschaft, Haß, Reid, ja geradezu das Streben nach des anderen Vernichtung! Werfen wir einen Blick nach außen, über die Grenzen unseres Heimatlandes hinaus, eine Lohne des bittersten Völkerringens, so hart und grausam wie kaum je zuvor, schlägt uns ins Gesicht. Und im Innern ist es nicht viel besser! Gemeinnützigkeit und Egoismus haben alles überwuchert. Um sie dreht sich alles. Rücksichtslosste Menschenjagd ist Trampf. Jeder will verdienen, und zwar soviel wie möglich, wo seine Mitmenschen dabei bleiben, das läßt ihn völlig kalt.

Und dann noch dazu die bittere Not, die an die Türe so manchen Arbeiters pocht. Die beispiellose Geldentwertung der letzten Monate, die Löhne, die den täglich steigenden Preisen nicht schnell genug und in nur unzureichendem Maße gefolgt sind, tun ein übriges, um manchen Kollegen gerade in den Weihnachtstagen mit trüben Sorgen zu erfüllen.

Soll man nun darob verzweifeln? Soll man das Friedensfest deshalb mißachten? Der so heutzutage

und wenn er noch soviel Veranlassung dazu hätte, der zeigt damit, daß er den Kern und das Wesen des Christentums nicht erkannt hat. Nein, niemals darf uns das Unglück, und schlage es dich wie Vogelkener auf uns nieder, zur Verzweiflung treiben, und uns veranlassen, die Hände tatenlos in den Schoß zu legen! Christentum ist beherrschender Optimismus! Nichts geschieht von selbst, nie und niemals braust das Rad der Weltgeschichte über uns hinweg, ohne unser Zutun. Niemals glauben wir an die Allgewalt der ökonomischen Bedingungen und Verhältnisse, wie der überzeugte Marxist, sondern Menschen sind es, Menschen mit einer unsterblichen Seele und mit freiem Willen, die sich die Verhältnisse untertan machen sollen, die nach Gottes Willen die Herrscher sind über die Materie. Und eben deshalb dürfen wir auch im größten Unglück die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müssen mit aller Kraft — befeelt von einem bergverehenden Glauben an unserer Sache — an die Arbeit gehen — und dann werden wir siegen!

Aber, Freunde, sieht es denn wirklich so trübe aus? Gewiß, ist das Elend unbeschreiblich, davor dürfen und wollen wir die Augen nicht verschließen. Wer aber mit tieferem Blick und Verstehen die Verhältnisse um sich herum betrachtet, der findet doch so manchen Anhaltspunkt, der in ihm wieder ein klein wenig Hoffnung erweckt.

Blicken wir hinüber nach Frankreich, das Land, von dem wir nur Unheil und Elend zu erwarten gewohnt sind, so sehen wir selbst dort Reize, die eine Besserung anzudeuten scheinen! Auf einem großen, internationalen christlich-demokratischen Kongress in Paris waren in diesen Tagen Männer und Frauen aus aller Herren Länder beisammen, getragen von dem ehrlichen Willen und von bestem Streben, die Grundsätze des Christentums auch im Völkerringen wieder zur Geltung zu bringen. Was müht uns alles Geschrei nach Vergeltung und blutiger Rache, damit wollen und dürfen wir als Christen nichts zu tun haben. Wir setzen alle unsere Hoffnungen auf den gerechten Sieg unserer Sache; und Gerechtigkeit, Gerechtigkeit im Sinne des Christentums war das Panier, unter dem dieser Pariser Kongress tagte. Fürwahr ein Lichtblick, wenn auch nur ein kleiner, in trüber Zeit.

Doch nicht bloß nach draußen brauchen wir unsere Blicke zu richten, auch im eignen Vaterlande kann mancher Lichtstrahl den Suchenden erfreuen. Da ist vor allem die Idee der Volksgemeinschaft, die Ueberzeugung des solidarischen Verbundenseins eines Millionenvolkes, die, getragen von unserer Bewegung, in der letzten Zeit doch schon erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Ist es auch in erster Linie die bittere Not, die uns hierher ihre Dienste leiht, und das deutliche Volk zu dieser inneren Verbundenheit zusammenschmiebet, so dürfen wir doch viel gutes Wollen und ernstes Streben in weiten Volksteilen nicht verkennen. Vor allem aber muß es uns zur freudigen Bemühtung gereichen, daß es gerade unsere Kollegen sind, die im Mittelpunkt dieses ganzen Strebens stehen.

Und hier liegt ja gerade der Kernpunkt! Wir als Christen dürfen unser Nichtstun und unsere Gleichgültigkeit nicht damit entschuldigen, daß von anderer Seite nichts geschieht. Wir müssen wissen, daß zunächst wir selbst unsere Pflichten erfüllen müssen, ohne nach rechts zu schauen oder nach links. Und diese unsere Pflichten gebieten uns, die Lehren und Gebote des Christentums durchzuführen, und vor allem deren beide Hauptstücke, die Gerechtigkeit und die Nächstenliebe. Gerechtigkeit heißt es, und Opfer bringen ist die Forderung! Mit allen erlaubten Mitteln führen wir den Kampf für die Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben, und sie ist es, die uns in erster Linie veranlaßt, mit der Gründung unserer gewerkschaftlichen Betriebe die Offensive zu beginnen.

Und dann die Nächstenliebe. Sie zu pflegen, erfordert Opfer, ohne die es nicht geschafft wird! Wir selbst müssen hiermit den Anfang machen, wir selbst müssen unserem Nächsten, wer

immer er sei, als Bruder entgegenkommen! Insbesondere wollen wir es bei denen tun, mit denen wir Tag für Tag zusammen weilen, mit unserer Familie, unseren Verbands- und Berufskollegen. Der heutige Tag des Friedensfestes höre unsere Gelöbnis, von nun an mit allen Kräften danach zu trachten, zunächst in unserem eigenen Kreise den Geist des praktischen Christentums zu verwirklichen!

Dann aber wollen wir auch unsere Blicke nach oben erheben, über die Mühsal, das Elend und Leiden dieser Welt, und wir wollen uns erinnern, daß unser ganzes Arbeiten und Streben hienieden nicht dem Diesseits, sondern einer anderen Welt gilt, in der wir dereinst die Gerechtigkeit in reinsten Gestalt zu schauen erhoffen.

Im Gedanken an diese ewige Heimat wird uns auch unser Leben und Leiden, mag es auch noch so groß sein, doch leicht und unbedeutend erscheinen! So überwinden wir den tödlichen Pessimismus, selbst dann, wenn uns unsere Arbeit jahrelang erfolglos scheint. Wie unsere Vorfahren im Mittelalter, die mit gläubigem Vertrauen jahrhundertlang an einer einzigen Kirche bauten, ohne selbst ihre Vollendung zu erleben, und die trotzdem still und unermüdet Stein auf Stein legten, im festen Glauben, ihrer Pflicht der Gottesliebe zu genügen, so sollten auch wir unser ganzes Leben und unsere ganze Arbeit auffassen. Stille und unermüdete Arbeit an uns selbst und an der Verwirklichung unserer Ideale, ohne uns vom Egoismus und Materialismus der Gegenwart heitern zu lassen, sondern getrieben von reiner Gottes- und Nächstenliebe, so wollen wir handeln.

Und wenn wir das recht bedenken und uns das heilige Gelöbnis ablegen, dementsprechend zu handeln, dann tun wir mehr zur Herbeiführung künftigen Glückes auch auf dieser Welt, als andere, die in hohen Phrasen und wortreichen Laten machen, und dann wird auch der rechte Weihnachtsfriede in unsere Herzen einziehen!

Was geht da vor?

Am 2. und 5. Dezember d. J. haben in Berlin Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen, Unternehmern und der Regierung über die Frage der Ueberwachungen im Ruhrkohlenbergbau stattgefunden. Trotz der in diesen Verhandlungen verlangten Geheimhaltung berichtet darüber das kommunistische „Ruhrecho“ und teilt mit, daß die Bergarbeiterverbände folgende Bedingungen für die Leistung der Ueberwachungen aufgestellt haben:

1. Reichsmantelbasi für den Steinkohlenbergbau;
2. Zahlung des Soziallohnes und der Urlaubvergütung nur an Mitglieder der Bergarbeiterverbände;
3. Feststellung der Organisationszugehörigkeit durch die Vertrauensleute der Gewerkschaften;
4. die von den Gewerkschaften anerkannten Streiktage dürfen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses und nicht als willkürliche Feiertage gelten;
5. Erweiterung der Richtlinien für die Betriebsräte durch Einräumung in die Stäger- und Förderjournale und nach noch mitzutheilenden Forderungen;
6. halbjährige paritätische Ausgestaltung des Arbeitsnachweises für den Steinkohlenbergbau;
7. Sicherung der Ausfuhrgewinne für das Reich;
8. ein abzuschließendes Ueberwachungsabkommen darf die normale Lohnentwicklung nicht hemmen;
9. ausreichende Lebensmittelversorgung, gegebenenfalls Bereitstellung von Kohlen oder Reis für die Beschaffung von Lebensmitteln;
10. Abwägige Verwirklichung der bereits zugesagten gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und Erhöhung des

Mundlohes in der Krankenversicherung auf 80 A, Fortzahlung des Soziallohnes in Krankheitslagen an die Mitglieder der Vertragsparteien;

11. Abschluß von Tarifen für die Angestellten nur durch die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände.

Der Punkt 9 dieser Bedingungen muß nun unseren stärksten Widerspruch herausfordern. Die Durchführung dieser Forderung bedeutet zunächst einmal einen unbedingten Organisationszwang, ein Standpunkt, der nicht bloß der Auffassung unseres Verbandes, sondern auch der des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vollständig widerspricht. So sehr wir uns um die Werbung neuer Mitglieder bemühen und versuchen, unsere Verbände zahlenmäßig auf die Höhe zu bringen, so entschieden müssen wir es doch ablehnen, die Berufsangehörigen mit Hilfe von Zwangsmitteln in die Organisationen hineinzutreiben zu lassen. Mit Stolz nehmen wir uns eine christliche Bewegung und wollen nur solche Mitglieder in unseren Reihen, die überzeugt auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen. Dagegen Leute in unseren Verbänden zu haben, die sich nur gezwungen uns anschließen, bedeutet für unsere ganze Bewegung eine ungeheure Gefahr.

Uebrigens widerspricht eine solche Bestimmung der Reichsverfassung, die dem einzelnen ausdrücklich seine Freiheit wahrt. Bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen aber, die dem Arbeiter knapp sein Existenzminimum sichern, bedeutet eine „Freiheit“, die nur mit dem Opfer eines erheblichen Lohnausfalles erkauft werden kann, eben nicht Freiheit, sondern brutalsten Zwang. „Friß Vogel, oder stirb!“

Des weiteren aber haben wir die sehr dringende Frage zu erheben, was ist unter „Mitglieder der Vertragsverbände“ zu verstehen? Fallen hier unter den Begriff der Vertragsverbände auch die Organisationen der sehr zahlreichen Feinhandwerker, wie Metallarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter? Oder denkt man als Vertragsverbände nur die Bergarbeiterorganisationen an? Das letztere, was wir allerdings kaum annehmen können, würde für alle Feinhandwerker den schärfsten Zwang zum Beitritt in die Bergarbeiterverbände bedeuten.

Das wollen und können wir aber keinesfalls anerkennen; denn in diesem Falle würde Punkt 2 der Forderungen auf den geschlossenen und entschiedensten Widerstand der ganzen deutschen Arbeiterschaft stoßen! Einen solchen ungeheuerlichen Versuch gegen die Solidarität der Arbeiterschaft können wir unseren Kollegen im Bergbau, insbesondere auch unseren Gewerkschaften, niemals zutragen, einen erheblichen Schaden nur den eigenen Berufscollegen zuzufügen, ihn aber den anderen Kollegen, insbesondere der Handwerker, durch Vertragsbestimmung vorzuenthalten, und diese so in das größte wirtschaftliche Nödel zu verwickeln. Dringende und baldige Aufklärung dieser dunklen, eigentlich zur Beherrschung bestimmten Angelegenheit ist deshalb ge-

boten, um auch den letzten Schimmer des Misstrauens und des Verdachtes einer beispiellosen Unsolidarität von vornherein auszurotten!

Eine Ausschusssitzung des Gesamtverbandes

Am 2. und 3. Dezember in Essen statt, auf der eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt sowie mehrere organisatorisch wie volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Fragen geklärt wurden. Folgende Entschlüsse kamen zur Annahme:

I. „Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, zu seiner Herbsttagung in Essen am 2. Dezember versammelt, begrüßt die Rückkehr des Kollegen Stegerwald in die aktive Leitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Durch diese Rückkehr Stegerwalds ist Gewähr gegeben, daß in der heute besonders schwierigen Zeitlage die der Bewegung obliegenden Aufgaben kraftvollst und mit neuer Energie zum Besten der Arbeiterschaft und des Volkes in Angriff genommen werden können.“

Der Ausschuss bemerkt die Gelegenheit seiner Zusammenkunft, um mit rückhaltloser Deutlichkeit sich auf neue zu den auf dem Essener Kongress entwickelten Ideen zu bekennen. An deren Durchführung wird sich die christliche Gewerkschaftsbewegung durch keine Widerstände hindern lassen.

In der Erkenntnis, daß nur mit dem Aufgebote größter innerer Geschlossenheit der Sieg dieser Ideen zu verwirklichen ist, beschließt der Ausschuss:

Stegerwald wird als 1. Vorsitzender des Gesamtverbandes völlig mit der Lösung der großen allgemeinen Aufgaben, die der Bewegung aus dem Essener Programm erwachsen, betraut. Um gleichzeitig für die Durchführung der organisatorischen Aufgaben der Bewegung die bestmögliche Gewähr zu bieten, wird der Kollege Otto, bisher 1. Vorsitzender des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, mit allen erforderlichen Vollmachten zum Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bestellt.

An die Mitglieder im Lande richtet der Ausschuss die Aufforderung, jetzt alles anzubieten, um die großen Ziele der Bewegung zu sichern.“

II.

„Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ersucht es zur Wiedererlangung der Ordnung in den innerstaatlichen Finanzen und zur Überwindung außerpolitischer Schwierigkeiten für unerlässlich, daß

das deutsche Eisenbahnwesen

aus dem heutigen Zustand der Betriebsfehlbeträge tatsächlich, nicht bloß rechnungsmäßig, befreit wird. Der Weg zu diesem Ziel führt über die Entbureaucratifizierung der Verwaltung und über die Verschärfung des Eisenbahnwesens im Sinne einer Herabsetzung aus dem

allgemeinen Reichshaushaltsplan und einer möglichst weitgehenden Befreiung von politischen Einflüssen. Die Frage, ob der Artikel 92 der Reichsverfassung für eine solche Autonomie weit genug ist, ist zu prüfen. Die Betriebsverwaltung erfordert anstatt des bürokratischen Systems kaufmännischen Geist und kaufmännische Einrichtungen, wie sie in privatwirtschaftlichen Vertriebsformen zu Hause sind. Die Allgemeininteressen, die sich aus der politischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnen ergeben, sowie die wohlverordneten Rechte des Personals sind unter allen Umständen dabei zu wahren.“

III.

„Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften steht in der

Frage der Aufbringung der Mittel für die nächste Reparationszahlung

auf dem Standpunkt, daß die deutschen Erwerbstätigen, vor allem die deutsche Industrie und die Banken unter Mithaftung der Landwirtschaft, des Handels und Handwerks, durch Aufnahme von Auslandsdarlehen dem Reiche in seiner Bedrängnis beizuhelfen müssen, um unseren Gegnern klar zu zeigen, daß wir, soweit es unsere Wirtschaftskraft und die Erträge aus unserer Wirtschaft erlauben, ernstlich bereit sind, die aufgedruckten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllungsmöglichkeit findet ihre Grenze dort, wo die Wirklichkeit, ja das nackte Leben des deutschen Volkes in Gefahr gerät. Diese Gefahr ist nahe. Der Ausschuss fordert deshalb die Reichsregierung auf, beschleunigt alles zu tun, um durch Verhandlungen mit der Entente zu einer längeren wirtschaftlichen Atempause und anschließend zu einer gründlichen Revision des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatus zu kommen.“

IV.

„Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der am 2. und 3. Dezember 1921 in Essen versammelt ist, nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß in einigen Ländern der Entente gewisse Kreise unter dem Vorwand der „chemischen Abrüstung“ einen Anschlag auf die deutsche chemische Großindustrie planen, der der Vernichtung dieses blühenden Industriezweiges gleichkommt. Obwohl eine öffentliche, zustimmende Erklärung der Ententeregierung zu diesem Plane noch nicht vorliegt, ist sich der Ausschuss doch bewußt, daß hier eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr droht. Der Ausschuss stellt sich auf den Boden der diesbezüglichen Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung und beauftragt seine Hauptgeschäftsstelle mit größtem Nachdruck, alle Schritte zu unternehmen, die der Abwehr des sehr durchsichtigen Anschlages förderlich sein können. Den Arbeitnehmern der chemischen Industrie versichert er, daß er alles Verhängnis dafür hat, was für sie, aber auch für die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf dem Spiel steht, und die Arbeiterschaft der gesamten chemischen Industrie mit allen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu Gebote stehenden Mitteln in ihren Existenzkampf unterstützen wird.“

Das großstädtische Siedlungswesen

Um die Fragen der Wohnungspolitik, die heute mehr denn je im Mittelpunkt der Erwägungen stehen, richtig verstehen und würdigen zu können, ist es nötig, sich erst einmal über die Grundlagen klar zu werden. Das kann am besten dadurch geschehen, daß man sich über das römische Siedlungsweisen überhaupt, seine Entstehung und seinen gegenwärtigen Stand orientiert.

Es ist deshalb zunächst in einem Ueberblick die historische Entwicklung des römischen Siedlungsweises bis zum Ende der Römischen Kaiserzeit in Deutschland zu verfolgen, sodann des Eingehenderen die Gründe zu untersuchen, die diesen Sieg herbeiführten, und schließlich kurz die Folgen zu beleuchten, die dieses Siedlungsweisen für unsere Bevölkerung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zeitigte.

I. Historische Entwicklung des römischen Siedlungsweises

1. Urbium

Die einzige echte Ursiedlung, über die wir in Bezug auf Entstehung und Wohnungsverhältnisse noch einigermaßen klar sind, ist Rom. Auf dem Gebiet des heutigen Norditaliens haben wir hier zwei verschiedene Siedlungsweisen zu beobachten. Im Straßensystem und in der Straßensystemflur haben die Römer ein höchst entwickeltes System, in der Wasser- und Abwasserleitung ein höchst entwickeltes, in der Kanalisation ein höchst entwickeltes. In der Wasser- und Abwasserleitung haben die Römer ein höchst entwickeltes System, in der Kanalisation ein höchst entwickeltes.

Uebrigens finden wir hier in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung die schönsten Wohnungsverhältnisse. — Wie läßt sich das miteinander vereinigen? — In modernen Großstädten haben wir dazu eine Parallele: auch hier können wir dieselben Verhältnisse beobachten für

gewisse Verhältnisse und dieselbe Vernachlässigung des Wohnungsweises. Der Grund ist eben der: schlechte Wohnungsverhältnisse nötigen zu gewissen sanitären Anlagen, veranlassen zu äußerlichen Schmutz und Ungeheimnis, dem sich der traurige Zustand der Wohnungen dann verbergen soll.

Die Mietskasernen sind nicht etwa, wie vielfach angenommen wird, eine Erfindung erst der Neuzeit; nach einem Bericht aus dem Rom der späteren Kaiserzeit gab es dort etwa 1780 Einfamilienhäuser, denen 16 600 Mietskasernen gegenüberstanden, deren jede Hunderte von Bewohnern beherbergte. Diese Mietskasernen — insoweit genannt — waren bis zu 200 Stufen, d. h. bis 10 Stockwerke hoch, sie waren oft sehr schlecht, meist aus Holzwerk gebaut, und brannten daher leicht ab.

Dazu waren die Mieten überaus hoch, Wohnungswucher seitens großkapitalistischer Bodenbesitzer und Wohnungsspekulanten waren an der Tagesordnung. Kurz und gut, von einer umfassenden Wohnungs- und Siedlungsreform des römischen Staates kann keine Rede sein.

2. Mittelalter

Die Zeit des Aufblühens der deutschen Städte fällt in das 12. und 13. Jahrhundert. In dieser Epoche eines außerordentlichen Wachstums, das erst in unserer Zeit ein Gegenstück gefunden hat, werden die Grundlagen der mittelalterlichen römischen Bauweise ausgebildet.

Von vornherein muß man sich hier von der landläufigen Auffassung freimachen, die sich die mittelalterliche Stadt vorstellt als eng und von möglichst knapp gezogenen Mauern eingezwängt.

Der Städtebau des 12. und 13. Jahrhunderts ist durchaus weiträumig. Die Städte suchten das Gebiet, das sie mit Mauer, Wall oder Graben umzogen, möglichst weit zu bemessen. Zunächst war dies eine Notwendigkeit, um für die in die Städtefreiheit einströmenden Zuwanderer Platz zu schaffen, dann bedurfte die

Stadt größerer geschützter Freiflächen für den Fall der Belagerung.

So wurde die Ringmauer immer weiter hinausgeschoben: Höfe, Keller, Gärten, besonders Weinberge lagen innerhalb der Mauer. — Von der Weitsichtigkeit der damaligen Städteverwaltung gibt es einen Beweis, wenn man bedenkt, daß Köln bis zum Jahre 1882 fast ganz in den Ring eingeschlossen war, den die große Stadterweiterung des Jahres 1180 — also volle 700 Jahre vorher — gezogen hatte.

Erst viel später, d. h. gegen Ende des Mittelalters, ist in einigen volkreichen Städten der mittelalterliche Mauerbau ganz gestillt, während andererseits die Stadtmauer der Stadterweiterung des Jahres 1180 — also volle 700 Jahre vorher — gezogen hatte.

Je stärker der Festungsbau, desto schwieriger und kostspieliger die Stadterweiterung.

Wie sah es nun im Innern dieser Städte aus? Das städtische Bürgertum bildete sich zunächst innerhalb der Grundherrschaften. Diese vollzogen die Aufteilung des Bodens meist überlegt und planmäßig, und gaben die Parzellen in „Reihe“ zur Bebauung. Die mittelalterliche deutsch-rechtliche Einrichtung der städtischen „Bodenleibe“ freunt grundsätzlich das Eigentum von Boden und Bauwerk; der Besitzer erhält das selbständige, vererbliche Eigentumsrecht an der Benutzung des Bodens und an dem Bauwerk gegen Entrichtung eines festen Erbzinnes, den der Besitzer nicht erhöhen, und, solange die Rente bezahlt wird, auch nicht kündigen kann.

Die mit dem Boden beliehene Bürgerschaft wächst allmählich zu einem wirtschaftlich und daher auch bald politisch unabhängigen Stande empor, der sich schließlich durch Ablösung der Bodenrente auch das Eigentum des Bodens erwirbt, und damit politisch aus

Allgemeines

Eine böse Abfuhr der „Gelben“. Das hochangesehene Organ der Gewerkschaft für Soziale Reformen, die „Soziale Praxis“, nimmt in Nr. 47 zu dem auch von uns schon eingehend gewürdigten Parteitag der „Gelben“ Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften Stellung:

„Während Geisler die Feindschaft gegen die „freien“ Gewerkschaften als Selbstverständlichkeit und Endzweck nicht mit besonderem Gefühlsaufwand betonte, griff er die christlichen mit leidenschaftlicher Argumentation an. Gründe dazu schienen Nebenbuhlerchaft um bestimmte Arbeitnehmerschichten zu sein, um die sich der Nationalverband gern vergrößern sähe. Besonders wurden den christlichen Gewerkschaften Internationalismus, sozialistische Tendenzen und Sympathie mit der Goldwertbesteuerung verdacht. Abg. Geisler erkannte die Notwendigkeit von Reformen an: zwar hätten die Unternehmer geäußert, aber noch viel mehr hätten es die Arbeiter getan. Diese Reformen lägen in der Erziehung, deshalb versuche der Nationalverband eine Umänderung der Gesinnung, die Erziehung des Klassenkampfes durch das Bekenntnis zur christlichen Sittenlehre und zum nationalen Volksgedankens. Die Gewerkschaften seien zu Berufsverbänden zu reorganisieren, deren leitender Gedanke derjenige der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter in wirtschaftsfriedlicher Hinsicht sei. Während man Geisler zuhörte, vergaß man, in einer Versammlung von Arbeitnehmern zu sein, so stark herrschten in allem die früher oft in der Dessenlichkeit betonten Unternehmerrgesichtspunkte vor. Symptomatisch war es, wie der Vorsitzende offiziell als Vertreter der Arbeitgebererschaft Direktor Sartorius das Wort gab, und dieser, jene taktische Entgleisung als Gefahr erkennend, dem forrierend widersprach. — Geh. Rat Hüfner sprach für den Bayerischen Beamtenbund. — Die Deutschnationale Volkspartei entsandte Glückwünsche und Vertreter. Diese schlossen sich ganz den entwickelten Ideen an. Wie mögen sich die christlichen Gewerkschaften dazu stellen, nachdem sie so auffallend heftig angegriffen wurden? In sämtlichen Reden äußerte sich stärkster Nationalismus.“

Mit dieser Kritik eines geachteten unparteiischen wissenschaftlichen Organs, ist der ganze „gelbe“ Klügel mal wieder in seiner vollen Schärfe enthüllt.

Und so etwas trägt dann die Lehren des Christentums für keine dantlichen Bestrebungen in Erbpacht zu nehmen! Unsere Kollegen im Lande draußen werden dafür sorgen, diesen Vätern, wo immer sie auftauchen mögen, so einzuweisen, wie es ihnen gebührt. —

Mit großer Entrüstung muß uns das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei erfüllen, deren Vertreter trotz der heftigen Angriffe gegen uns ihr Sprüchlein und ihre Glückwünsche herjagten. Soll das eine Kursänderung der Deutschnationalen Volkspartei in ihrem Verhalten den christlichen Gewerkschaften gegenüber bedeuten? Fühlt man sich dort zum Beschützer und Verteidiger der „gelben“ Bewegung betonen, nun gut, so soll es uns recht sein! Damit ist dann aber auch Klarheit geschaffen! In unserer energischen Bekämpfung aller Freunde und Feinde der „gelben“ Bewegung soll es nicht fehlen. Dann aber feste!

Unsere Deutsche Volksbank wird, wie bereits mitgeteilt, Anfang Januar 1922 ihre erste öffentliche Bankfiliale in Essen, Schützenbahn Nr. 24, eröffnen. Die Essener Bankfiliale wird den Postsparkassenverkehr für das ganze Deutsche Reich leiten, ferner als Spar- und Bankfiliale für Essen und Umgebung dienen und als solche

der Grundherrschafft heraus und in Gegensatz zu ihr tritt.

Dabei bleibt die Sorge für die Anlage der Stadt, die Beschaffenheit des Bodens, Bauwesen usw., kurz das gesamte städtische Siedlungsweisen in hervorragender Weise eine öffentliche Angelegenheit.

Besonders hält das mittelalterliche deutsche Stadtrecht auch daran fest, daß Bauplätze niemals der Bebauung entzogen werden dürfen. Liegt eine Bauplatz durch Brand, Zerstörung oder nach dem Willen des Eigentümers wüst, so wird sie von der Obrigkeit einbezogen, mit Baupflicht versehen, und vielfach das Baumaterial, bei Holz, dazu geliefert.

Die Häuser selbst stehen in der ersten Zeit ganz frei nach ländlichem Vorbild. Mit Verdichtung der Bebauung werden die Abstände zwischen ihnen verengt, schließlich werden größere Häuser feiner oder auch unregelmäßig im Eigentum geteilt, und gleichzeitig das Reihenhäuser geschaffen, d. h. nebeneinander, ohne Zwischenraum stehende Häuser, jedes mit 2 bis 3 Fenstern an der breiten Verkehrs- oder schmalen Hofstraße.

Diese systematische Durchführung des Kleinbaus im mittelalterlichen Stadtbau ist ein Vorgang von weittragender Bedeutung. Auf den Eigenbesitz beruhend in hohem Maße die Leistungsfähigkeit der Bürger. War der Besitz auch klein, und wohl bei vielen Handwerkerhäusern auch mit Grundstücken und Renten betraut, so gaben sie doch der wirtschaftlichen Existenz ihrer Besitzer einen sicheren Rückhalt.

In Rom ist die Masse der Bevölkerung gänzlich losgerissen vom Grundbesitz und der schmalen Ausbeutung durch die spekulierenden Großgrundbesitzer preisgegeben. In Deutschland wird der ländliche Großgrundbesitz durch eine vorbildliche Bodenparzellierung aufgeteilt und in die Hände des neuen Bürgerstandes übergeben.

(Fortsetzung folgt.)

Am 24. Dezember ist der 52. n. letzte Wochenbeitrag für das Jahr 1921, am 1. Januar der 1. Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

den haren Spargeldverkehr, die Annahme und Verwaltung von Gelbern in laufender Rechnung, den sogenannten Kontorrentverkehr, den Scheck-, Überweisungsverkehr sowie die Verwahrung, den An- und Verkauf und die Verleihung von Effekten übernehmen.

Die Deutsche Volksbank hat bereits vor einiger Zeit in Essen ein eigenes Hausgrundstück erworben das im Verkehrszentrum der Stadt, Hagen Nr. 64, gegenüber dem ehemaligen Landgericht, jetzigen Postamt, liegt. Wegen der Räumungs- und Umbauarbeiten hat die Bank jedoch, um die Geschäftseröffnung nicht hinauschieben zu müssen, auf Wunsch der beteiligten Kreise vorläufig Unterkunft in den früheren Geschäftsräumen der Ortskrankenkasse genommen, die entsprechend den neuen Zwecken hergerichtet und mit Trepp versehen sind. — Man wird annehmen dürfen, daß die Mitglieder der beteiligten Verbände von der so sehr erwünschten eigenen Bankeinrichtung in weitestem Maße Gebrauch machen werden.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Berlin

Ausförrung im Berliner Baugewerbe. Der vom Bezirkslohnamt gefällte Schiedsspruch, der für Handwerker 11,75; für Hilfsarbeiter 11,10 M vorsah, wurde von unseren Kollegen mit der Begründung abgelehnt, daß er den tatsächlichen Verhältnissen in Berlin nicht Rechnung trage. Da eine einigermaßen gute Bandenkonjunktur besteht, gingen die am Verträge beteiligten Arbeitnehmersverbände mit einzelnen Hausverrenten vor. Um sich gegen dieses Vorgehen zu schützen, sperrte der Ver-

Nicht der Name

beweist Dein Christentum, sondern Dein Handeln. Christliches Gebot ist, daß Du Deinen Nächsten lieben, Deinen Stand achten und ehren sollst. Du kannst und mußt praktisches Christentum üben in der christlichen Gewerkschaft. Dort arbeitest Du für Dein Wohlergehen, für Deine Familie, für Deinen Stand, für Dein Volk und Dein Vaterland. Wer die christliche Arbeiterbewegung nach Prozentsätzen berechnet, der ist ein Egoist. Egoismus aber ist dem Christentum zuwider.

band der Baugeschäfte am 12. Dezember alle im Hoch- und Betonbau beschäftigten Arbeiter aus. Der Kampf wird mit zentraler Schärfe geführt. Ein Versuch des Reichsarbeitsministers, die Parteien näher zu bringen, ist an dem Willen der Arbeitgeber gescheitert. Die Sache selbst muß an dieser Stelle gelassen werden, daß auch die Herren vom Verband der Baugeschäfte mit einem höheren Spruch gerechnet hatten. Wenn nun Städte, wie Tielefeld, Leipzig, Dresden, Berlin, Bremen, Lübeck usw., — ganz abzusehen von den westlichen Gegenden —, im bereits 13 bis 15 M gezahlt werden, im Vergleich nicht, so kann man die Haltung der Berliner Bauarbeiterchaft verstehen; fanden früher die Löhne in Berlin an der Spitze, so ist heute das Gegenteil der Fall. Keine Städte wie Linde, Keppeln usw. zahlen heute bedeutend höhere Löhne. Wenn auch die Zeit des Kampfes nicht zuletzt günstig ist, so ist die Einigkeit und der Wille, für einen gerechten Lohn zu kämpfen, bei den Kollegen vorhanden. Über 300 Bauarbeiter arbeiten bereits zu neuen Bedingungen, es werden 13,50 M bis 15 M bei den Firmen, die sich unterzeichnet haben, bezahlt. Im Tielefeld wurde am 11. Dezember ein Schiedsspruch mit 2,75 M und ab 20. Januar mit weiteren 0,50 M Lohnerhöhung gefällt.

Auch in Schwerin gegen unsere Kollegen schon einige Wochen im Kampfe. Doch wollen die Arbeitgeber den Schiedsspruch vom 7. November nicht geben. Ein Teil der Kollegen hat bereits Schwerin verlassen. Ein noch größerer Teil wird nach Weiskirchen abziehen. Der Herr Landrat von Schwerin hat es schon zweimal versucht, eine Einigung unter den Parteien herbeizuführen, sein Versuch ging aber jedesmal dahin, die Bauarbeiter zu bewegen, dem Schiedsspruch herunterszugehen! Bei der Lohn in Schwerin auch viel zu gering ist, werden unsere Kollegen dort bis zum Siege anhalten. In den nächsten Wochen werden erneut bezugsfähige Verhandlungen stattfinden. Die Forderungen des einzelnen Gebiete werden an den Verband eingereicht. Auch die Preisfrage wird im Bezirk Berlin nun das eine Regelung finden.

Schreibemühl. Einem langgehegten Wunsch der Kollegen der jetzigen Grenzmark hat unser Hauptverband durch die Errichtung des Schreibemühl Schiedsmittel Rechnung getragen. In wirtschaftlicher Beziehung liegen die Verhältnisse hier insoweit der pessimistischen und pessimistischen Lage ungünstiger wie an sonstigen Stellen unseres Vaterlandes. Inwieweit müßten wir zur Fortschrittlichen, um die Unternehmer zur Anerkennung unserer berechtigten Forderungen zu zwingen. Die Dauer desselben war kurz, in Schönlanke 3 Tage und in Schreibemühl 5 Tage Streit hatten unseren Wünschen Geltung verschafft. — Die Löhne sind durchweg seit Juni um 20 Proz

gestiegen, entsprechen aber keineswegs den Verhältnissen. Gerade die Grenzmark ist durch ihre ungünstige Lage ein teures Gebiet und übertrifft in manchen Preisen viele Großstädte. Die jetzigen Löhne betragen: In Schönlanke Maurer 8,85 M, Zimmerer 8,95 M, Bauarbeiter 8,50 M. In Schönlanke Maurer 8,80 M, Zimmerer 8,90 M, Bauarbeiter 8,30 M. Für den Kreis Schlochau Maurer 8,10 M, Zimmerer 8,10 M, Bauarbeiter 7,05 M. Für den Kreis Deutsch-Krone Maurer 8,05 M, Zimmerer 8,05 M, Bauarbeiter 7,05 M. Für Schlopppe Maurer 8 M, Zimmerer 8 M, Bauarbeiter 7 M.

Es sind aber gemäß § 5 Absatz des Reichstarifvertrags zumeist überall Lohnforderungen eingereicht. Die jetzigen Verhältnisse fordern gebieterisch eine solche Lohnhöhung, die dem Bauarbeiter wenigstens das zum Leben Notwendige zusichert. Das Organisationsleben läßt leider hier in der Grenzmark noch zu wünschen übrig. Es ist schon mancher kleine Erfolg zu verzeichnen und gewiß hat sich in dem ersten halben Jahr schon vieles geändert und verbessert. Aber gerade jetzt muß jeder Kollege seine ganze Kraft zur Verarbeitung für unsern Verband aufspannen und ja nicht denken, es ist ja ein freigestellter Kollege dafür da, der wird die Sache schon machen. Der allein kann gar nichts, wenn die Kollegen ihn nicht kräftig unterstützen. Kollegen! Uns Werk, auch im Winter muß Verarbeitung geleistet werden. Jetzt erst recht, am Besten es nicht! — Wir müssen im kommenden Jahre schneller wachsen wie bisher. Stillstand ist Rückschritt. Es lebe die Tat! Mit diesen Gedanken wollen wir, Kollegen der Grenzmark und von Pomern, das neue Jahr beginnen.

Bezirk Bochum

Sauerland (Tiefbau). Mit Wirkung ab 12. November 1921 wurde hier neu vereinbart im Geltungsbereich:

- 1) Etmathie, Iselehn, Geimer, Hedder, Grönberg, Alena, Länderscheid, Breiterfeld.
 - 2) Stadt Arnsberg, Neben-, Hüsten, Freienohl, Deventroy, Bruchhausen, Nieder- und Obermeren.
- | | |
|---------------------|-------|
| Tiefbauarbeiter | 11,— |
| Kanalarbeiter | 13,30 |
| Maurer | 13,— |
| Zimmerer | 13,— |
| Bementarbeiter | 13,— |
| Bementarbeiter | 12,20 |
| Hilfsarbeiter | 12,15 |
| Platzarbeiter | 11,— |
| Miner u. Z. | 13,— |
| Schlepper u. Z. | 11,20 |
| Maschinen 1. Klasse | 13,30 |
| „ 2. Klasse | 13,— |
| „ 3. Klasse | 12,80 |
| Schloffer | 13,— |
| Schmiede | 13,— |
| Fischjäger | 11,20 |

Bezirk Bremen

Am 3. Dezember getätigte Verhandlungen für das Unterweser-Emsgebiet hatten folgendes Resultat. Am 3. Dezember 1921 wird für alle Orte eine Zulage von 2,60 M per Stunde gezahlt. Für einige Orte Christenslands soll am 9. Dezember noch besonders verhandelt werden. Das Abkommen läuft bis 3. Januar 1922, an welchem Tage erneut über die fernere Lohnhöhe verhandelt werden soll. Mit diesem Zuschlag beträgt der Stundenlohn in Bremen 13,90 M, Wiefelshaven 12,70 M, Bremerhaven 12,80 M, Lidenburg 12,25 M für gelehrte Berufe, für ungelehrte ist der Stundenlohn um 35 Pfg. geringer. Inwieweit haben die Verhandlungen für die Orte in Christensland stattgefunden, die aber resultatlos verliefen.

Erneute Verhandlungen in Bassum setzen die Stundenlöhne für Gesellen auf 8,50 M fest.

Bezirk Frankfurt a. M.

Am 13. Dezember fanden zwischen dem Mitteldeutschen Arbeiterverband und für das Baugewerbe und den Bauarbeiterorganisationen Verhandlungen über eine neue Lohnvereinbarung statt, wobei die Stundenlöhne mit Wirkung vom 15. Dezember wie folgt festgesetzt wurden:

1. Lohn	2. Lohn	3. Lohn	4. Lohn
Bauarbeiter	13,10	12,50	11,20
Bauhilfsarbeiter	12,60	13,10	10,70

Die Löhne der Junggefelten und jugendlichen Arbeiter erfahren denselben prozentualen Zuschlag, wie die Löhne der Vollarbeiter. Die Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 31. Januar 1922.

Bezirk Hannover

Am 16. Dezember fanden in Hannover die bezugsfähigen Lohnverhandlungen statt. Die gegenwärtige Witterung machte Herrn Schiers mal wieder stark. Er jonglierte mit Schwierigkeiten und sah, um nachzuweisen, daß wir schon zuviel Lohn erheben. Insbesondere mußte Luczynski wieder herhalten, um den Beweis für die Notwendigkeit des Soziallohnes zu erbringen. Die Tatsache, daß die Baupreise, die für Magazine in den letzten Wochen geordert wurden, seit einigen Tagen um ein Kleines gefallen sind, dienten als Beweis dafür, daß wir jetzt wieder einer billigen Zeit entgegen gehen! Das Angebot der Arbeitgeber fiel auch entsprechend aus:

Mitteldeutscher Gesellen und Arbeiter unter 24 Jahren erhalten nicht 8, sondern über 24 Jahre in Hannover 1,20 M = 11,50 M, Arbeiter 0,80 M = 11,00 M, Tiefbauarbeiter 0,40 M = 10,50 M, demnach auch wieder eine Vergrößerung der Spanne zwischen Gesellen und Arbeiter und zwischen letzterem und Tiefbauarbeiter. Für alle anderen Gebiete sollte der Lohn im selben Verhältnis steigen. Das würde auf den bestehenden Lohn 10, 8 und 4 Prozent ausmachen. Unsere Forderungen auf Erhöhung des Gehaltsgeldes und der sonstigen Zuschläge wurden glatt abgelehnt. Diesem Angebot konnten wir, unsere Ju-

Stimmung nicht geben; einmal weil es zu niedrig ist, denn in allen Nachbarbezirken beträgt der Spitzenlohn 18,00 Mk. Herr Behrens müßte aber seinen Kollegen folgen, was er kann. Ferner ist das Angebot unannehmbar, weil wieder verlangt wird, den ungesetzlichen Lohn einzuführen. Interessant war es, daß Herr Behrens uns beweisen wollte, wie selten nicht die ersten, die den Soziallohn einführten, er bestände schon in verschiedenen Bezirken. Württemberg hätte eine Altersgrenze bis zu 30, Oberschlesien bis zu 22, Württemberg bis 18 Jahre festgesetzt. Wir könnten ihn darauf hinweisen, daß diese Vereinbarungen nur für ungeschulte Arbeiter gelten. Hier müßte bei ungeschulten Arbeitern bis 18 Jahre nach Württemberg, weil der Lohn bei freien Vereinbarungen unterliegt. Aber Herr Behrens will mit dem Soziallohn experimentieren und in seinem Bezirk den Anfang machen, damit die anderen Bezirke wieder folgen können. Allen Hängungen des Soziallohn, besonders denen aus unseren Bezirken, die sich nicht genug tun können, ihn öffentlich zu beschuldigen, hätten einige Verhandlungen mit Herrn Behrens zu empfehlen sein. Sie würden bald anderer Zustimmung werden.

Wichtig Herr Behrens bei den kommenden Lohnverhandlungen so am Werke, besorgt er die Gefellensvermittlung für seine Kollegen in anderen Bezirken, indem er die jetzt noch nach Hannover zureisenden Gefellen von hier nach solchen Stellen vertritt, wo eben höhere Löhne gezahlt werden. Man kann es unseren Kollegen, die nicht an einen bestimmten Arbeitsplatz gebunden sind, verargen, wenn sie dort hingehen, wo höhere Löhne gezahlt werden? Ob aber damit den Arbeitgebern und dem Bauergewerbe überhaupt im hiesigen Bezirk gedient wird, ist eine andere Frage.

Minden-Bundesberg. Vereinbarungsgemäß fanden am 7. d. M. erneute Verhandlungen statt. Dabei wurde erzielt, daß auf die am 15. Oktober festgesetzten Löhne eine Erhöhung von durchschnittlich 30 Prozent ab 12. 12. gewährt wurde. Die am 21. 11. und 1. 12. gewährten Lohnzuschüsse werden angerechnet. Der Spitzenlohn beträgt demnach in Sielefeld 13 Mk., in Herford 12,10 Mk. Am 28. 12. finden neue Verhandlungen statt.

Provinz Sachsen und Magdeburg. Bei der am 8. Dezember folgenden Bezirksratsversammlung wurde ein Spruch gefällt, der festlegte, daß auf die in der Sitzung am 19. 10. festgesetzten Löhne eine Zulage von 3 Mk. pro Stunde für alle Betriebe und für alle Lohngebiete entfällt. Dadurch steigt der Lohn im mitteldeutschen Industriegebiet auf 12 Mk. Das Gehaltsgeld, soweit nicht ausdrücklich vereinbart ist, daß es im Lohn eingerechnet ist, wird um 100 Prozent erhöht. Die Auslösung wird für Perlethale um 50 Prozent, für Lebiga um 30 Prozent erhöht.

Bezirk Daberborn

In den Verhandlungen am 7. Dezember d. J. wurden folgende Lohnsätze vereinbart:

Stadt Sielefeld	13,-
Sand	12,80
Am Halle	11,50
Berthel	11,-
Stadt Gütersloh	12,-
Alte	11,70
Hedenbrunn	11,50
Herford	12,10
Hilde	11,50
Am Herford	11,30
St. und Am Soger	10,75
Am Spreng	10,75
Stadt und Sand Stolpe	11,-
Alte	10,30
Am Halden	8,50
Alte, Gölthorf	8,50
Stadt Sand n.	11,60
Demelsh, Lage	11,60
Horn	10,50
Blomberg	10,50

Der Stundenlohn für Bauhilfsarbeiter beträgt in allen Lohngebieten 50 Pf. weniger.

Ende des diesjährigen Ferienstreites

Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Bauergewerbe haben zu einer generellen Vereinbarung geführt, wonach die Arbeitgeber sich verpflichten, den Bauarbeitern, die auf Grund des Schiedsspruches vom 5. August Anspruch auf Ferien haben, in der nächsten Zeit 3 Tage Ferien zu gewähren, und zwar gegen Zahlung des Ferienentgeltes nach Maßgabe des am 14. November d. J. geltenden tariflichen Mindestlohnes und unter Beachtung von 8 Arbeitsstunden pro Tag.

Mit dem Vater- und Flechtarbeitenverein ist eine Vereinbarung nicht zustande gekommen.

Verbandsnachrichten

Antennen. Auf Veranlassung unserer Köhler Bezirksleitung, der sehr großer Dank gebührt, waren im vorigen Jahre eine ganze Reihe von Kollegen bereits in Arbeit getreten, wo recht gute Verbindungen zu anderen Bezirken hergestellt haben sich, aber mit 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

„Jambon“ Royal-Hotel zusammengepackt waren, da Klappte es mit der Beitragszahlung ganz ausgezeichnet. Das war nicht allein der Wachstums und der neuen Pflichterfüllung der damaligen Vertrauensleute zu verdanken, sondern auch der Besorgnis der einzelnen Mitglieder, im Falle der Gleichgültigkeit gegenüber den Verbandsverpflichtungen öffentlich vor den anderen Kollegen gebrandmarkt zu werden. Infolgedessen war es damals gar nicht so schwer, die fälligen Beiträge herbeizubringen. Heute nun hat sich das von Grund aus geändert. Nachdem jetzt die Kollegen in der ganzen Stadt zerstreut wohnen, der eine da, der andere dort, bringt es tatsächlich kein Mensch mehr fertig, auch nur noch eine Beitragsmarke an den Mann zu bringen! Einerseits sagt man sich, was habe ich überhaupt noch mit der deutschen Organisation zu tun, wenn ich in Holland bin, andererseits ist es der wilde Hunger, der so manchen gepackt hat. Schade um die Zeit, die ich in den neu errichteten Zahlstellen, die jedem Kollegen gut bekannt sind, herumsetze, es kommt einfach niemand hin. Infolge des für Deutschland so ungünstigen Valutastandes wäre es für die Kollegen ein leichtes, ihren Verpflichtungen in vollem Umfange nachzukommen. Zeitweise genügt es 5 Cent, um damit den Beitrag von 5 M. zu begleichen ja, man schämt sich sogar nicht einmal, darüber noch zu lachen, anstatt seine Dankeschuld dem Verbands durch die geringe Leistung in etwa abzutragen! Ihr Kollegen in der Heimat, euch möchte ich daran erinnern, seht euch bei Gelegenheit einmal die Bücher eurer Holland-Kollegen an, wenn sie wieder in der Heimat weilen! Und dann scheut euch nicht, diejenigen, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, öffentlich an den Pranger zu stellen. Auch für diese Helden kommt einmal der Augenblick, wo sie von ihrem Verbandsbuch Gebrauch machen wollen — Es führt zu weit, das trübe Bild noch weiter auszumalen. Bei vielen Kollegen hier liegt das Solidaritätsgefühl noch arg in den Büschen, vielen muß es überhaupt erst noch anerkennen werden, und das, Kollegen in der Heimat, besorgt ihr dann am besten dort selbst! H-2.

Zur Erwerbslosenfürsorge für arbeitslose Bauarbeiter.

Seitens des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 7. 12. 21 an die Regierungen der Länder folgender Erlass ergangen:

„Nach meinem Rundschreiben vom 28. November 1919 — I. E. 321/19 — dürfen Saisonarbeiter, insbesondere Bauarbeiter, in den Zeiten, in denen wegen der Witterungsverhältnisse ihre gewöhnliche Arbeit ausfällt, unter bestimmten, näher bezeichneten Voraussetzungen die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen. — Wie ich in meinem Schreiben vom 3. 8. 1921 Nr. 1116 9389/21 des näheren dargelegt habe, besteht gegenwärtig ein erheblicher Mangel an Bauhandwerkern. Es muß deshalb verhindert werden, daß die Bauarbeiter, die durch die Witterung arbeitslos werden, für die Dauer in andere Berufe abwandern. Es erscheint daher angezeigt, den Bauarbeitern, die infolge der Witterungsverhältnisse arbeitslos werden, jedes im Rahmen der geltenden Vorschriften mögliche Entgegenkommen zuteil werden zu lassen, um sie ihrem Berufe zu erhalten. Es wird sich demnach insbesondere empfehlen, daß die Arbeitsnachweise arbeitslose Bauarbeiter während der Frostperioden nach Möglichkeit nur in vorübergehende Beschäftigungen vermitteln und nicht in Stellen, aus denen sie erfahrungsgemäß später nur selten in den Bauarbeiterberuf zurückkehren. Auch bei Prüfung von Anträgen arbeitsloser Bauarbeiter auf Gewährung von Erwerbslosenerhaltung wird der Gesichtspunkt, die Bauarbeiter ihrem Berufe zu erhalten, nicht aus dem Auge gelassen werden dürfen. Ich bitte ergebenst, die ausführenden Behörden in diesem Sinne abzuhandeln mit Befolgung versehen zu werden.“

J. A.: gez. Dr. O. Zeigert.“

Briefkasten der Redaktion

An Mehrere: Auf wiederholte Anfragen hin, die mit Veranlassung von der geänderten Umschlagfarbe (früher grün — jetzt violett) der neuen Mitgliedsbücher Kenntnis nehmen, sei mitgeteilt, daß unsere Prämien infolge der augenblicklich herrschenden Papier- und Cartonknappheit nicht in der Lage sind, den gewünschten grünen Karten zu beschaffen. Sobald dieser wieder zu haben sein wird, erscheinen die Mitgliedsbücher auch wieder mit dem gewünschten grünen Umschlag.

Mitteilungen

Postbeamter gesucht.

Die Verwaltungsstelle No. 10 n. sucht zum 1. Februar 1921 einen zweiten Postbeamten. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied des Verbandes sein. Schriftliche Bewerbungen sind unter Vorlegung des Lebenslaufes und eines Auftrages über Aufgaben und Pflichten eines Postbeamten bis zum 15. Januar 1921 an den Leiter der Verwaltung einzusenden. Da eine Familienwohnung kaum zu erhalten ist, können von auswärtigen Bewerbern nur ledige in Frage kommen.

J. A.: Amt für Bauwesen, Köhler, Poststr. 58.

Bezirk Oberschlesien, Achtung!

Nach Fertigstellung der neuen Bureauräume haben wir nunmehr unsere Hauptgeschäftsleitung sowie die Bezirksleitung von Kattowitz nach Gietow, Ostpreußenstr. 4, verlegt. Alle Anschriften, sowie sonstigen Sendungen sind nunmehr ohne Ausnahme an diese Adresse zu senden. Diejenigen Kollegen, die weiter in dem zu Posen fallenden Gebiet Oberschlesiens arbeiten, müssen sich in allen Fällen an unseren Kollegen Franz Heidrich, Kattowitz, Johannesstr. 10, wenden, der in Kattowitz ein Bureau beibehalten hat. Sprechstunden in Kattowitz finden nunmehr vorläufig jeden Dienstag und Freitag, nachmittags von 3—7 Uhr, statt.

Die Bezirksleitung
J. A. Josef Knoblich.

Eichsfelder, Achtung!

Am Sonntag, den 1. Januar, finden nachmittags 2 Uhr in Duderstadt im Livoli und in Leinefelde in der Gemeindefesthalle je eine große Konferenz statt. (Also Leinefelde nicht am 6. Januar.)

Schornstein- und Feuerungsmaurer, Dollere und Helfer des Eichsfeldes

Am Mittwoch, den 28. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in Duderstadt im Livoli eine Versammlung aller Kollegen dieser Berufe statt.

Tagesordnung:

1. Stellung zu unseren Forderungen für den Abschluß des Reichstarifvertrages.
 2. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz unseres Berufes.
- Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung rechnen wir mit dem Erscheinen aller Kollegen.
J. A.: Franz Stolberg.



Die Deutsche Sparbank
unserere Sparbank.

Sordert Postbesatzkarten bei den Vertrauensleuten oder der Hauptgeschäftsstelle in Offen, Schützenbahn 24.

Nichtgewünschtes durchstreichen.

5. Jahrgang der Zeitschrift „Der Deutsche“

1. Vierteljahr — Monat Januar 1921

Postbestellort: _____

Postnummer: _____

Strasse u. Hausnummer: _____

in das Postamt _____

zum Preise von 20 — Mark vierteljährlich — 80 — Mark monatlich — und bitte um Lieferung und Eingahlung des Bezugsertrages durch die Post.

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____

Strasse u. Hausnummer: _____

in das Postamt _____

Postamt: _____

Postnummer: _____

Strasse u. Hausnummer: _____

in das Postamt _____